

Entschießung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU Steuerpolitische und Sozialversicherungspläne von Rot-Grün gefährden Familien, den Mittelstand und Arbeitsplätze und belasten die Mitte der Gesellschaft

Dresden, 6. Mai 2013

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU wendet sich gegen die Steuerpläne von SPD und Grünen, die unter dem Deckmantel der sozialen Umverteilung massive Steuererhöhungen für alle Bevölkerungsschichten zur Folge haben und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aus dem Blick verlieren. Bei der Umsetzung ihrer steuerpolitischen Ziele nehmen SPD und Grüne eine massive Belastung von Familien und des Mittelstandes billigend in Kauf und gefährden so zahlreiche Arbeitsplätze. Der Erfolg Deutschlands beruht auf dem Fleiß und der Tatkraft seiner Bürger. Um diesen Erfolg auch für die Zukunft zu bewahren, müssen die richtigen Leistungsanreize im Steuersystem gesetzt werden. Leistung muss sich lohnen und darf nicht durch eine wirtschafts-, familien- und arbeitsplatzfeindliche Steuerpolitik bestraft werden.

SPD und Grüne wollen die **Einkommenssteuer** erhöhen. Der Höchststeuersatz soll auf 49 Prozent steigen. Die Grünen wollen Personen bereits ab einem Einkommen von knapp 53.000 EUR und die SPD ab 64.000 EUR höher besteuern. In Verbindung mit der **Abschaffung des Ehegattensplittings** kommt es schon zu Mehrbelastungen, wenn das Brutto-Familieneinkommen einer vierköpfigen Familie 5151 Euro übersteigt. Die Steuerpläne von Rot-Grün treffen damit nicht nur Einkommensmillionäre, sondern vor allem auch die Mittelschicht.

Auch die von der SPD propagierte **Reduzierung der Kinderfreibeträge** würde zu Mehrbelastungen führen. Jede dritte Familie wäre davon betroffen. Die Grünen wollen zudem die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche **Krankenversicherung anheben**. Menschen mit einem Bruttoeinkommen zwischen 4.000 und 5.800 Euro müssten mit einer monatlichen Mehrbelastung von bis zu 150 Euro rechnen. Durch die geplanten Änderungen bei der **Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte** wären zudem alle Sparer und Anleger, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, mit einer höheren Belastung konfrontiert.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU stellt fest, dass die steuerpolitischen Vorstellungen von Rot-Grün unmittelbare Belastungen für den Mittelstand darstellen. Da in Deutschland gut drei Viertel aller Firmen als Personengesellschaften organisiert sind, würde die Erhöhung der Einkommenssteuer unser wirtschaftliches Rückgrat nachhaltig schädigen. In Verbindung mit der beabsichtigten **Einführung einer Vermögenssteuer bzw. -abgabe**, die die Substanz von Unternehmen besteuert, kommt es damit zu einer direkten Gefährdung von

hunderttausenden von Arbeitsplätzen, ganz unabhängig davon, dass eine solche Vermögenssteuer oder -abgabe verfassungswidrig ist.